DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT

Rede des Landesgeschäftsführers, Michael Entrich,
zum Antrag
„Konzept für eine politisch handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, werte Gäste,

mit meiner Rede zum vorliegenden Entwurf des Konzeptes für eine politisch handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013 habe ich nicht die Absicht dieses Konzept nur einzubringen, sondern möchte gleichzeitig einige meiner Erfahrungen aus nahezu 15 Jahren in der Funktion als Landesgeschäftsführer bei dem einen oder anderen Schwerpunkt mit einbringen.

Als ich die Funktion des Landesgeschäftsführers im September 1993 antrat, war ich der zweite Landesgeschäftsführer in der Geschichte der PDS Sachsen-Anhalt, der diese Funktion ausübte. Jetzt bin ich der dienstälteste Landesgeschäftsführer mit einer Wahlfunktion in unserer Partei. In dieser Zeit habe ich mit zwei Vorsitzenden und einer Vorsitzenden, zwei Schatzmeistern, einer Schatzmeisterin, acht Landesvorständen, vielen Mitarbeitern sowie vielen Genossinnen und Genossen aus den Kreisverbänden und im gesamten Bundesverband zusammengearbeitet sowie viele kennen und schätzen gelernt. Damals hätte ich mir nicht vorstellen können, dass unsere Partei ihren Namen mehrmals ändert und welche politischen, juristischen und auch organisatorische Konsequenzen dies mit sich bringt.

In diesen 15 Jahren habe ich so manche Höhen und Tiefen in und mit unserer Partei erlebt.
Sei es damals die Auseinandersetzung mit der Treuhand, die über Nacht genullten Bankkonten, die Risikofinanzanlage, der erste Internetauftritt, Wahlerfolge und die Wahlniederlage, die Struktur- und Finanzdebatten, die Tolerierung der Minderheitsregierung oder auch die Diskussionen zu manchen Äußerungen oder Leitanträgen.

Alle haben eine Gemeinsamkeit, mündeten sie stets doch in neue Herausforderungen, die zu meistern waren und haben letztendlich die Entwicklung des Landesverbandes und der Partei insgesamt mitgeprägt. Auch wenn manche Auseinandersetzung nicht immer ganz freundschaftlich abgelaufen ist, so möchte ich behaupten, dass unser Landesverband es im Team verstanden hat, Höhen wie auch Tiefen sachlich aufzuarbeiten und sich im bundesweiten Vergleich nicht verstecken muss.

Nicht nur deshalb ist es im Rückblick alles andere als selbstverständlich, dass ich die Funktion des Landesgeschäftsführers so lange inne hatte. Im Oktober werde ich eine neue Tätigkeit im Bereich des Bundesschatzmeisters aufnehmen, in welcher ich die gesammelten Erfahrungen bundesweit austauschen und anwenden kann und natürlich will.

Ich möchte mich bei allen für das langjährige entgegengebrachte Vertrauen ganz herzlich bedanken.

An dieser Stelle, liebe Genossinnen und Genossen hatte ich darüber nachgedacht, ob ich Namen nennen soll. Ich habe mich aber entschieden, dies nicht zu tun. Erstens reicht die Zeit nicht dazu und zweitens habe ich die Befürchtung, jemanden zu vergessen. Also nochmals Dank euch allen, besonders an die, die hinter den Kulissen arbeiten, um gute Arbeitsbedingungen für den Parteitag zu sichern.

Nun liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste, einige Bemerkungen zum vorliegenden Konzept:

1. Das vorliegende Konzept wurde im Landesarbeitsausschuss Parteireform mit Beteiligung von Genossinnen und Genossen aus den Kreisverbänden erarbeitet und ist die Fortführung des Beschlusses der 1. Tagung des 9. Landesparteitages aus dem Jahr 2005 von Wittenberg.

Dieser wiederum ist die kontinuierliche Fortführung der Beschlüsse der 2. Tagung des 6. Landesparteitages aus dem Jahr 2001. Hier zeigt sich, dass wir es verstanden haben, veränderte Bedingungen frühzeitig zu erkennen und kontinuierlich entsprechende Schritte einzuleiten. So haben wir von Anfang an versucht uns auf das Wesentliche zu konzentrieren. Das ging ein her mit der Entwicklung funktionaler Aufgabenbereiche, die personell untersetzt wurden, der regionalen Zusammenarbeit und die Durchsetzung der Eigenfinanzierung des Landesverbandes. Dies führte dazu, dass der Landesverband trotz aller Schwierigkeiten stets politisch handlungsfähig war und mit immer geringerem finanziellen, materiellen und personellen Aufwand entsprechend gute Ergebnisse erreichen konnte.

2. Zur Mitgliederentwicklung

In meiner ersten Analyse als Landesgeschäftsführer zur Mitgliederentwicklung im Januar 1994 habe ich festgestellt, dass im Landesverband 19.470 Genossinnen und Genossen in 975 Basisorganisationen organisiert waren. Der Frauenanteil betrug damals 45 % - das entsprach 8.741 Genossinnen im Landesverband.
Heute sind in unserem Landesverband nicht mal mehr so viel Mitglieder, wie 1994 der Frauenanteil betrug, organisiert.
Dieser Sachverhalt ist nicht neu und trifft nicht nur für unseren Landesverband zu. Sehr frühzeitig haben wir begonnen, die Entwicklung zu analysieren und versucht dem entgegenzuwirken. Viele Gremien und Parteitage haben sich mit dieser Problematik beschäftigt und dazu die erforderlichen Beschlüsse gefasst.
Dabei haben sich die konkreten Verantwortlichkeiten im Land und in den Kreisen für die Mitgliedergewinnung und die damit verbundene projektbezogene Arbeit bewährt. Besonders öffentliche Veranstaltungen und Kampagnen haben dazu beigetragen neue Mitglieder zu gewinnen. Viele Versuche direkte Mitgliederkampagnen zu entwickeln und durchzuführen, sind in unserer Partei und bei anderen Parteien meist gescheitert. Für uns heißt das, die Partei als eine moderne Partei in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dies schließt allerdings eine moderne Programmatik, Diskussionskultur, Kommunikationsstruktur und Arbeitsstruktur ein.
Diesen Anspruch haben wir sehr oft formuliert und haben eine Reihe von guten Ansätzen zu verzeichnen, die es fortzuführen gilt.

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

so wie der Bundestrend bei den Neueintritten müssen auch wir im Landesverband feststellen, dass der Frauenanteil mit knapp 30 % bei den „Neuen“ zu gering ist. Auch die Feststellung, dass immer weniger Frauen bereit sind für kommunale Mandate zu kandidieren, ist meines Erachtens auch Ausdruck unserer Arbeitsweise.
Aus meiner Sicht gibt es erstens bei manchen Männern Vorbehalte, dass Frauen Verantwortung übernehmen und zweitens haben wir zum Teil mancherorts einen Arbeitsstil, welcher sich durch langwierige und zum Teil ermüdende Sitzungen auszeichnet und somit meist abschreckt. Am Ende fragen sich die Beteiligten, warum waren sie da und welches Ergebnis hat die Diskussion gebracht? Konnten sie sich überhaupt einbringen?
Einige von uns hatten die Möglichkeit an Workshops und Kommunikationstrainings teilzunehmen. Warum gelingt es nicht, die erlernten Methoden auch in einer Sitzung anzuwenden, um alle in die Meinungsbildung einzubeziehen und auch Sitzungen effektiv und ergebnisorientiert zu führen. Hier ist aus meiner Sicht eine wesentliche Reserve, die in die Aufgabe mündet, die Arbeitsmöglichkeiten und Bedingungen weiter zu verbessern.
Ich freue mich deshalb auch, dass Jenny für die Funktion als Landesgeschäftsführerin kandidiert. Vielleicht gelingt es ihr, mit dem Blick als junge Frau und Mutter, die Arbeit im Landesverband noch familienfreundlicher und effektiver zu gestalten.

Hierin sehe ich eine weitere Möglichkeit, einzelne Menschen und Gruppen zu gewinnen, damit die Kompetenz in einer Reihe von programmatischen und gesellschaftlichen Fragen nicht schwindet.

Die weitere Entwicklung und Qualifizierung des Ehrenamtes gewinnt für die Arbeit des Landesverbandes immer größere Bedeutung. Gerade mit Blick auf die immer geringer werdenden hauptamtlichen Ressourcen muss die mittel- und langfristige Personalarbeit zum Standard im Landesverband, also auch in allen Kreisverbänden werden. Es besteht hier die Aufgabe, erstens eine Bestandsanalyse anzufertigen und zweitens, daraus abzuleiten, welches Personal für welche Funktion oder für welches Amt mittelfristig benötigt wird. Das schließt auch ein, zielgerichtet mit Personen zu reden und schrittweise alle Möglichkeiten zu nutzen, diese zu qualifizieren.
Dazu gehört auch, so wie es im vorliegenden Konzept formuliert ist, die Fragen der Vernetzung, der flächendenkenden Präsenz, unsere Strukturen und Kommunikationsbeziehungen ständig weiterzuentwickeln und an neuen Aufgaben zu orientieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bundesgeschäftsführer hat in einem Papier an die Kreisvorstände eine Reihe von Fragen formuliert. In Beantwortung dieser Befragung hat ein Kreisverband folgendes aufgeschrieben:

- Die Zahl der Aktiven ist trotz aller Fortschritte noch zu gering. Das führt dazu, dass einzelne Aktivistinnen und Aktivisten im Wahlkampf sehr stark gefordert wurden.
- Die veränderten Strukturen nach der Kreisgebietsreform funktionieren nicht im gewünschten Maße. Genossinnen und Genossen scheuen sich Verantwortung im größerem Rahmen zu übernehmen. Die Abstimmung zwischen den Vorständen funktioniert zu wenig, zum Teil wird noch zu sehr in den Altkreisgrenzen gedacht und gehandelt.

Das Interessante ist, diese Befragung wurde im September 1994 durchgeführt. Leider sind die Antworten noch zu sehr aktuell. Lasst uns daran arbeiten, dass auch diese Antworten bald der Vergangenheit angehören.

3. Zum Personal

In kontinuierlicher Fortführung der Beschlüsse haben wir von Anfang an versucht uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, da knapper werdende Ressourcen konzentriert eingesetzt werden müssen. Dabei haben wir uns stets von den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Erfordernissen der Parteientwicklung leiten lassen.

Auf diesem Gebiet haben wir in den letzten Jahren viele Veränderungen durchsetzen müssen.
1994 hatten wir 23 hauptamtlich beschäftigte Mitarbeiterinnen und 9 Regionalgeschäftsstellen im Landesverband sowie in allen Kreisen mindestens noch eine Kreisgeschäftsstelle. Die Kreise Bördekreis, Ohrekreis und Jerichower Land hatten zu diesem Zeitpunkt keine hauptamtliche Anbindung.
Heute dagegen haben wir es geschafft, die Arbeit so zu organisieren, dass alle Regionen annähernd gleiche Arbeitsbedingungen haben und das mit erheblich weniger hauptamtlichem Personal. Dies ging auch nur, indem die funktionalen Aufgabenbereiche voll durchgesetzt, notwendige Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt und so manche Rationalisierungs-Maßnahme in Angriff genommen wurde. Von Aufgaben, die wir als Partei nicht unbedingt leisten müssen, haben wir uns auch getrennt.
Ich kann hier und heute sagen, dass es uns gelungen ist, professioneller zu arbeiten und alle wichtigen Aufgaben erfüllt werden konnten und das mit der Herausforderung ab 2003 als ehemaliges „Nehmerland“ des bundesweiten innerparteilichen Finanzausgleiches 50.000€ zu kompensieren und auf Eigenfinanzierung umzusteigen. Dieser Weg war nicht einfach und auch schmerzliche Beschlüsse mussten gefasst sowie umgesetzt werden. Trotz aller Schwierigkeiten war der Landesverband stets politisch handlungsfähig und konnte mit immer geringeren finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen entsprechend gute Ergebnisse erreichen.

An dieser Stelle gestattet mir, liebe Genossinnen und Genossen, einige Bemerkungen zum Antrag „Pfingsten mit der Partei DIE LINKE“, da die Umsetzung mit nicht unerheblichen personellen und finanziellen Ressourcen verbunden ist und die Begründung des euch vorliegenden Antrages nicht den Kern trifft.

Zum einen ist es so, dass der Landesverband Sachsen-Anhalt 1992 in der Kritik stand, sich nicht mit finanziellen Mitteln an der Veranstaltung zu beteiligen. Das Vorhaben selbst wurde unterstützt. Erst seit dem Jahr 1996 hat der Landesverband sich finanziell an der Veranstaltung beteiligt. So wurden seit dem - bis zum Jahr 2001 durch die Landesgeschäftsstelle jährlich die personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine Beteiligung geschaffen.
Die TeilnehmerInnen schwankten in diesem Zeitraum von jährlich 30 bis 65 Personen. Die Kostenbeteiligung für die Veranstaltung durch den Landesverband belief sich zuletzt im Jahr 2000 bei 4000,- DM. Auch heute sollen sich die Landesverbände mit je 3000 € an der Finanzierung der Veranstaltung beteiligen. Die Forderung der damals gewählten Landesvorstände an die Bundesgeschäftsstelle war, dass es nach jeder Veranstaltung eine konkrete Abrechnung, um nachvollziehbar und transparent über die eingesetzten Mittel Rechenschaft zu legen, gibt.
Erst im Jahr 2000 erfolgte dies erstmalig mit dem Ergebnis einer positiven finanziellen Bilanz. Unserer Forderung, dass der zu leistende finanzielle Beitrag deutlich geringer ausfallen müsste, kam man jedoch nicht nach. Das führte letztendlich dazu, dass der

Landesvorstand dem Verhältnis von organisatorischem, personellem und finanziellem Aufwand und der öffentlichen Wirkung der Veranstaltung kritisch gegenüberstand. Seit diesem Zeitpunkt gab es keine finanzielle Beteiligung mehr und seit dem melden sich die Teilnehmerinnen dieser Veranstaltung bei anderen Landesverbänden an.

Die Voraussetzungen, die der Landesvorstand schaffen muss, geht nur mit der Zusage aller Kreisverbände mehr finanzielle Mittel der Landesgeschäftsstelle über die Zuführung bereitzustellen, damit die Finanzierung der Veranstaltung abgesichert werden kann.
Eine Kürzung der Ausgaben für die politische Arbeit bzw. Öffentlichkeitsarbeit kann ja wohl nicht im Gegenzug gewollt sein.
Da die personelle Situation ab 2009 noch komplizierter wird, ist auch die personelle und organisatorische Absicherung im Vorfeld und während der Veranstaltung anderweitig zu gewährleisten.

4. Einige abschließende Bemerkungen zur Finanzierung des Landesverbandes

In dem euch vorliegenden Konzept sind unter Punkt 6 nochmals deutlich wesentliche Aufgabenstellungen beschrieben. Diese sind nicht neu, zeigen aber, an welchen Stellen wir gemeinsam noch stärker weiter zu arbeiten haben.
Rückblickend auf die letzten Finanzjahre haben wir Enormes erreicht und durch eine Reihe von Maßnahmen eine sehr solide Finanzierung des Landesverbandes organisieren können.
Im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Landesverbänden, die ja auch bei unseren Diskussionen zur Finanzierung gern herangezogen werden, haben wir Reserven, die es zu erschließen gilt. Wie das gehen kann, haben bereits eine Reihe von Genossinnen und Genossen in den durchgeführten Workshops erarbeitet. Jetzt kommt es darauf an, weitere Multiplikatoren zu finden und die Erfahrungen sowie Argumente in der Praxis anzuwenden.
Auf Grund der vor der Gesamtpartei stehenden neuen Anforderungen gilt es, die Verwaltung der Zuwendungen viel effektiver zugestalten. Das heißt, dass die Zielstellung, dass bis Ende 2009 alle Mitglieder ihren Beitrag per Bankeinzug realisieren, umgesetzt werden muss. Entsprechend der Festlegung der Parteivorsitzenden sind die ostdeutschen Landesverbände gefordert, von der dezentralen Struktur der Mitglieder- und Finanzverwaltung auf eine zentrale umzusteigen. Als moderne sozialistische Partei müssen wir in der Lage sein, per „Knopfdruck“ täglich einen Überblick zu haben, wie viele Mitglieder und welche Beiträge und Spenden wir bundesweit haben. Dies wird eine wichtige vor uns stehende Herausforderung sein, die es schnell umzusetzen gilt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit etwas Verwunderung habe ich den Antrag zur Änderung der Landesfinanzordnung gelesen. Seit dem Jahr 2002 arbeitet der Landesverband nach dem jetzigen

Zuführungsmodell und wie ich bereits schon sagte ganz erfolgreich. Im März bzw. April 2003 haben sich per Beschluss, bis auf drei Kreisverbände, alle anderen für das jetzt praktizierte Umlagemodell entschieden. Das zuständige Fachgremium, der Landesfinanzrat, hat sich in seiner letzten Sitzung diesen Jahres ausführlich mit der Thematik beschäftigt und hat ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung der Beibehaltung des jetzigen Modells zugestimmt.
Auch die Kreisvorsitzenden haben sich auf der Klausurtagung Anfang Juni erneut mit dem Anliegen beschäftigt und mit großer Mehrheit sich hinter das praktizierte Zuführungsmodell gestellt.
Ich weiß, dass es im Kreisvorstand Salzlandkreis und Bördekreis ebenfalls zum Zuführungsmodell Diskussionen gab, und auch dort haben die Einbringer keine Mehrheit für ihren Ansatz bekommen.
Ich denke, dass wir gut beraten sind, das, was funktioniert, beizubehalten. Vielmehr muss eine kritische Analyse vor Ort dazu führen, die Ursachen für niedrige Durchschnittbeiträge im Vergleich zu anderen aufzudecken und daran zu arbeiten die Situation zu verbessern.

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

abschließend möchte ich mich für die Aufmerksamkeit bedanken und den Wunsch äußern, lasst uns gemeinsam Ideen entwickeln und daran arbeiten, wie wir es noch besser machen können.

In diesem Sinn bitte ich euch, dem vorliegenden Konzept eure Zustimmung zu geben.

Danke